

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 131.

Mittwoch, 9. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für die Erscheinung an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Preis für 1.— Mark; getrauben- und tabellarische Anzeigen 50%, Aufsätze, Nachweilungen- und Vermittlungsgelder 30%. Keine Taxen. Derzeitiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Berechnung der Unterhaltungsbezüge „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs durch Drucker, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Köhnel, Riesa; für Druck: Wilhelm Pitzsch, Riesa. Druck- und Verlagsanstalt: Danner & Winterlich, Riesa, Reichstraße 59.

Verteilung von Auslandsschweinefleisch.

Wie der in der laufenden Woche bis 12. d. Mts. stattfindenden Ausgabe von Fleisch wird auf Abschnitt 16 der Einfuhrzulasskarte Auslandsschweinefleisch (Speck) mit verteilt. Es entfallen 125 gr für Erwachsene, 62 gr für Kinder unter 6 Jahre. Der Preis beträgt 11.75 Mk. für das Pfund.

Winnzuschüsse erhalten die gleichen Mengen an die über „Fleisch ufm.“ lautenden Abschnitte der Lebensmittelkarte. Die in den Fleischverkaufsstellen von Halle-Gröba, Riesa, Mühlberg, angemeldeten Abschnitte werden in den Verkaufsstellen von Otto, Gröba und Dommitzsch, Mühlberg beliefert.

Die belieferten Abschnitte sind getrennt nach Abschnitten für Erwachsene und Kinder zu je 100 Stück zu bindeln und nebst Preisliste, in dem der Name des einliefernden Fleischers, die Zahl der belieferten Abschnitte für Erwachsene und die Zahl der belieferten Abschnitte für Kinder genau angegeben ist, bis spätestens den 14. d. Mts. hierher, Abteilungsamt für Auslandswaren, einzuliefern.

Zusatzbestimmungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht auf Grund des Strafgesetzbuches härtere Strafen obliegen, auf Grund vom § 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verfügungsregelung vom 25. September/4. November 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Großenhain, am 8. Juni 1920.

404 b III.

Der Kommunalverband.

Sparkasse Riesa.

Die unterzeichnete Sparkasse ist Mitglied des Verbandes „Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen“ und hat nunmehr den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Sie vermittelt, da die Anstalt ein gemeinnütziges Unternehmen des öffentlichen Rechts ist, Lebensversicherungen zu den vorteilhaftesten Prämienfüßen. Für bereits bestehende Versicherungen der Anstalt vermittelt sie die Abschreibung der Prämien von Sparanlagen und die rechtzeitige Ueberweisung an den Verband.

Nähere Auskunft wird an Kassenstelle erteilt und Anträge daselbst entgegengenommen.

Die Sparkasse der Stadt Riesa.

Die Nachzahlung der Wagen, Gewichte und Mehrverkauf findet Freitag, den 11. Juni 1920, vormittags 11 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr nachmittags im Gasthof „Zwischenhof“ für den alten Ortsteil und Montag, den 14. Juni 1920, vormittags 8 bis 9 Uhr in der Schankwirtschaft „Wiesla“ für den neuen Ortsteil statt. Die Besitzer eichpflichtiger Gegenstände werden hiermit aufgefordert, dieselben in reinlichem Zustande zu den angegebenen Terminen vorzuliegen; die Gebühren sind sofort zu bezahlen.

Wet d. b. Riesa, am 8. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Str. Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 3-4 Dachdecker, eine Anzahl Dienst- und Haus-Mädchen für Haushalt und Restaurant, gutem Lohn, landw. Dienstmägde gegen den neuesten Tarif, 1 Haus- und Wirtschaftsmädchen für Kutterant, 1 Wirtschaftskräuterin über 25 Jahre.

Der neue Reichstag.

Mit. Berlin, 9. Juni.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstage nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis, das beim Reichswahlleiter eingelaufen ist, insgesamt

25 719 067 Stimmen

abgegeben worden. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 5 531 157, die Unabhängigen 4 809 562, die Deutschnationalen 3 638 851, die Deutsche Volkspartei 3 456 131, das Zentrum 3 500 800, die Demokraten 2 152 509, die christl. föderalistische Liste (bayerische Volkspartei und christl. Volkspartei) 1 254 963, die Kommunisten 435 199, die Deutsch-Sachsenvereiner 318 104 Stimmen.

Auf Grund dieses Stimmenverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reichstimmen auf die Verbändwahlkreise und Reichslisten 418 Abgeordnete gewählt worden. Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag

insgesamt 460 Abgeordnete

zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Mehrheitssozialdemokratie 110

Zentrum 67

Unabhängige Sozialdemokraten 80

Deutschnationalistische Partei 42

Christlich-föderalistische Liste 21

Deutschnationale Volkspartei 65

Deutsche Volkspartei 61

Kommunistische Partei 2

Bayerischer Bauernbund 4

Deutsch-Sachsenvereiner 5.

Die Neubildung der Regierung.

Wie die „V. V. N.“ aus führenden sozialdemokratischen Kreisen hören, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichsfanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung jede Konzeption nach rechts hin ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat sich seit der Revolution für das deutsche Volk gepostet und allein ununterbrochen die Verantwortung der Regierungstätigkeit auf sich genommen, weil der Friede unbedingt geschlossen und Deutschland vor dem Zerfall bewahrt werden mußte. Aber diese Ausprägung der Sozialdemokratie hat ihre Grenzen. Jetzt ist kein Friede mehr zu schließen und kein unbedingt zwingender Notstand gegeben. Die Opposition von rechts gegen die frühere Koalitionsmehrheit ist hart gewachsen. Unter diesen Umständen trägt die U. S. V. die Verantwortung dafür, ob eine links- oder rechtsgerichtete Regierung im Reich gebildet wird. Die U. S. V. muß zeigen, ob sie gewillt ist, das Vertrauen, das die Wähler ihr entgegengebracht haben, durch Taten zu rechtfertigen oder ob sie unter allen Umständen entschlossen ist, sich auf Neben- und Agitation in der Opposition zu beschränken. Im letzteren Falle würde voraussichtlich auch die Sozialdemokratie an der neuen Regierungsbildung nicht teilnehmen. Die U. S. V. mag es dann vor dem deutschen Volke verantworten, wenn eine reine Parteiregierung der Rechten im Reich aus Minderheit kommt. Die Sozialdemokratie steht lebensfähig nicht an den Ministerposten. Im Gegenteil, sie wäre heilfroh, wenn sie einmal von der Verantwortung für die Leitung des Reiches befreit sein könnte. Es wäre ihr besonders erwünscht, wenn Vertreter einer rechts gerichteten Regierung nach Spa gingen und dort versuchten, was sie bei der Entente durchzusetzen vermögen. Aber selbstverständlich birgt jeder derartige Versuch innen- und außenpolitische Gefahren für das deutsche Volk in sich. Aber nicht die Sozialdemokraten, sondern die U. S. V. hat es in der Hand, diese Gefahren einzutreten zu lassen oder abzuwehren. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Reichspräsident sofort beim Zusammentritt des Reichstages den bisherigen Reichsfanzler Hermann Müller auffordern wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf der Hand, daß dieser sich zunächst an die U. S. V. wenden wird, damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Einfluß in der neuen Regierung erhält und ein entsprechendes Maß von Verantwortung übernimmt. Sollte sie sich weigern, so würde wohl Hermann Müller den Auftrag der Regierungsbildung zurückgeben.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß der Reichspräsident bisher noch mit keinem führenden Politiker über die Frage der Regierungsbildung verhandelt hat. In sozialdemokratischen Kreisen wiegt die Ansicht vor, daß der Schlüssel der Situation jetzt bei den Unabhängigen liegt. Die Sozialdemokratie werde sich an einer weiter nach rechts neigenden Regierung nicht beteiligen, sondern in Opposition zu ihr sich stellen. Die neu gewählte sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausdruck treten am Sonntag zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ von maßgebender Seite berichtet wird, würde die Deutschnationale Volkspartei bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Mehrheitssozialisten teilnehmen. Voraussetzung sei, daß die Deutschnationalen nicht gezwungen würden, von ihren Hauptgrundsätzen abzuweichen. Wahrscheinlich würden schon morgen die in Berlin wohnenden führenden Persönlichkeiten zu einer Beratung in Berlin zusammenkommen. Die Deutsche Volkspartei würde im Interesse des Vaterlandes bereit sein, einer Koalition beizutreten, in der auch die Mehrheitssozialisten sitzen. Als Vorbedingung würden sie verlangen, daß nach Spa wirkliche Staatsmänner und keine Parteimänner entsandt würden, daß nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werde, daß das Beamtentum von der Politik verstanden bleibe und daß die Staatsautorität wieder hergestellt werde und die Zuverlässigkeit unserer Reichswehr gesichert bleibe. — Aus Zentrumskreisen wird berichtet, daß Zentrum würde es gern sehen, wenn eine Koalition von den Deutschnationalen oder mindestens von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten gebildet werden könnte.

Der „Völkischen Zeitung“ zufolge wurden bei einem Zusammenkommen von neu gewählten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei gestern bindende Beschlüsse irgendwelcher Art nicht gefaßt; die Teilnehmer waren aber einig, daß in die neu zu bildende Mehrheit die Sozialdemokraten unbedingt einbezogen werden müßten. Nach der „Täglichen Rundschau“ wäre die Deutsche Volkspartei aus Pflichtgefühl und Erfahrung zur Mitarbeit unter sehr bestimmten Voraussetzungen bereit. Sie könne aber auch außerhalb der Regierung wirken.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, es scheint, als müßten die Mehrheitssozialisten jetzt die Folgen aus der Lage sehen, daß sie hierin solidarisch mit den Unabhängigen, den Reichsparteien und dem Zentrum die Regierungsbildungsmöglichkeit gemächlichen wollten, auf die sie zu eigenen Gunsten oder Ungunsten verzichteten.

Regierungskrisis auch in Sachsen?

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist die demokratische Fraktion der Volkstammer gestern Dienstag in Beratungen darüber eingetreten, welche Zielsetzung sie zu dem Ausfall der Reichstagswahlen einschlagen hat. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Fraktion ist aber, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, entschlossen, die Konsequenzen aus den Wahlen der Wahl auf die Reichspolitik zu ziehen. — Man kann also damit rechnen, daß die beiden demokratischen Minister Dr. Reinhold und Dr. Senfert aus der Regierung auscheiden und daß ein rein sozialistisches Kabinett nunmehr zustandekommen wird. Die Führer der Unabhängigen haben bekanntlich mit diesem Gedanken immer geteilt, aber naturgemäß vor dem Wahlen die gänzlichste Position, die sie infolge ihrer Agitation gegen die Regierung hatten, nicht aufgeben wollten. Bei der Staatsdebatte, die morgen Donnerstag beginnt, wird man voraussichtlich sehr schnell klar sehen, möglicherweise fällt bis dahin auch bereits die Entscheidung.

Landtagswahlen in Anhalt.

Bei den Landtagswahlen in Anhalt wurden folgende Stimmen abgegeben: Unabhängige 31 430, Demokraten 26 457, Deutschnationale Volkspartei 28 980, Deutsche Volkspartei 23 121, Sozialdemokratische Partei 61 552. Es erhalten hiernach die Unabhängigen 6, die Mehrheitssozialisten 13, die Demokraten 6, die Deutschnationalen 6 und die Deutsche Volkspartei 5 Mandate. Die Mehrheitssozialisten verlieren 9, die Demokraten 6 Sitze; es gewinnen die Deutschnationalen 4, die Unabhängigen 5 und die Deutsche Volkspartei 5 Sitze.

Der neue bayerische Landtag.

Die Landtagswahlen in Bayern hatten folgendes Ergebnis: D. Vp. zusammen 21 (9) Abgeordnete, Dem. 12 (23), Bauz. Volk. (Str.) 68 (66), Soc. 25 (61).

Unabh. 20 (3), Kom. 2, Bauz. Bauernb. 12 (16). Es stehen also 108 Bürgerliche gegen 47 Sozialdemokraten (im alten Landtag 116 Bürgerliche gegen 64 Sozialdemokraten. Dazu werden noch 3 Koburger Abgeordnete kommen, die noch zu wählen sind. Der Landtag hat statt bisher 180 nur 155 Sitze.

Zusammentritt des braunschweigischen Landtages.

Gestern nachmittag trat der neu gewählte braunschweigische Landtag zusammen und schritt zur Wahl seines Präsidenten. Wie die Braunschweiger Neuesten Nachrichten melden, gingen nach dem Vorgange in Ostsa auch im braunschweigischen Landtage die Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und die Demokraten zusammen und wählten mit 35 Stimmen gegen 22 Stimmen des Landesvolksverbandes, in welchem die rechtsstehenden Parteien vereinigt sind, den Unabhängigen Meier zum Präsidenten des Landtages. Diese Landtagswahl läßt darauf schließen, daß die am Mittwoch stattfindende Regierungsbildung sich auf der gleichen Basis abspielen wird.

Vor

einem schwedisch-finnischen Kriege?

M. Basel, 9. Juni.

Der Konflikt zwischen Schweden und Finnland hat sich in den letzten 24 Stunden aufs Äußerste zuspitzen. Nachrichten aus Selingfors lassen keinen Zweifel übrig, daß Finnland mit Waffengewalt die Unantastbarkeit seines Landes verteidigen will. Militärisch dürfte Finnland Schweden bedeutend überlegen sein. An Artillerie besitzt es mehr größtentends von Ausland erbenete Geschütze, als die drei skandinavischen Länder zusammen. In Dänemark hofft man, daß die beiden andern nordischen Regierungen ermitteln einzugreifen werden. Von unrichtiger Seite wird berichtet, daß die Alliierten in der Kalandsfrage nicht einschreiten sollen. Gewaltige finnische Truppenmassen werden nach Kaland abgeleitet, wo man einen Aufbruch erwartet.

Von der finnischen Gesandtschaft in Paris werden die Gerüchte eines finnischen Angriffes auf Schweden dementiert.

Nach einem in Stockholm eingetroffenen Telegramm aus Marinkam auf den Kalandsinseln ist der finnische Ministerpräsident Erich dort eingetroffen. Er forderte die Alliierten auf, ihre Forderungen auf Wiedervereinigung mit Schweden endgültig aufzugeben und das neue Selbstverwaltungsgebiet durchzuführen. Im Namen der skandinavischen Vertrauensmänner erklärte unter stürmischem Beifall Landtagsabgeordneter Redakteur Sundblom, daß die Bevölkerung der Kalandsinseln von ihrer Forderung nach Volksabstimmung nicht abweiche. — Das finnische Notizblatt in Selingfors meldet aus Marinkam: Der Redakteur Sundblom und der Polizeidirektor Postman wurden verhaftet und nach Kaland abgeführt. Sie werden des Hochverrats angeklagt.

Die Kämpfe im Osten.

Der polnische Seeresbericht vom 7. Juni meldet: Unsere Gegenoffensive auf der Front zwischen der Düna und der oberen Werelina machte unter der unmittelbaren Leitung des obersten Führers sehr gute Fortschritte. Indem unsere Truppen auf allen Abschnitten des Vormarsches den verwerflichsten Widerstand der Bolschewisten brachen, schlugen sie die 53. und die 12. bolschewistische Infanteriedivision an der oberen Werelina und besiegten die Divisionen Gernica und Bliska. Die feindlichen Verluste sind sehr groß. An vielen Orten wurden bolschewistische Verstecke und Lagerungen ausgelesen, die teilweise sogar in deutscher Sprache abgefaßt waren und von der großen Verwirrung berichten, die in den Städten und in den Reihen der roten Armee herrscht.

Eine neue Offensive der Bolschewiki gegen die Polen. Wie ein Telegramm aus Warschau meldet, haben die Bolschewiki zwischen Pripjet und Dnjestr eine neue große Offensive eingeleitet.

Kraffins Vorschläge.

Wie die Londoner Blätter erfahren, hat Kraffins England für die Einleitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen folgende Vorschläge gemacht: Wenn die englische Regierung die Bäterepublik anerkennt und den russischen Kaufleuten, die mit den Wägen der Moskauer Regierung verfahren sind,